

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

BRD

(1) DKP contra "Maoisten"

Anlässlich des 55-jährigen Gründungsjubiläums der KPD hielt die DKP einen Festakt im Hans Sachs-Haus in Gelsenkirchen ab, an dem u.a. der Vorsitzende der DKP, Herbert Mies, und der Führer der seit 1956 in der BRD verbotenen KPD, Max Reimann, teilnahmen. Sie bekannten sich zur revolutionären Tradition der alten Kommunistischen Partei und zur brüderlichen Verbundenheit mit der Sowjetunion und der Sozialistischen Einheitspartei der DDR.

Die Feier, an der 14 000 geladene Gäste teilnahmen, erhielt u.a. dadurch einen besonderen Akzent, daß jugendliche Anhänger der maoistisch ausgerichteten KPD/ML vor den Eingängen Flugblätter verteilten, auf denen sie der DKP das Recht bestritten, sich auf die Tradition der 1918 gegründeten Partei zu berufen. Der DKP-Vorsitzende Herbert Mies warf den "sich kommunistisch nennenden maoistischen und trotzkistischen Gruppen" vor, sie seien keine Arbeiterorganisationen. "Sie sind es auch dann nicht, wenn sie rote Fahnen schwenken und wenn eine von ihnen den ehrenwerten Namen KPD für ihr schmutziges Handwerk der Spaltung der fortschrittlichen Bewegung, der Führung des Antikommunismus und Antisowjetismus mißbraucht". Das Verhältnis zur Sowjetunion sei immer noch der "entscheidende Prüfstein" für die Treue zur Lehre von Marx, Engels und Lenin. Mies sprach sich auch öffentlich gegen die "Rote Gewerkschaftsorganisation" (RGO) aus, die von radikalkommunistischen Kräften in den DGB-Gewerkschaften aufgebaut werden sollen. "Wir grenzen uns von den ultralinken Spaltern, die eine RGO propagieren, ebenso ab, wie von den rechts-opportunistischen Kräften".

Mit diesen Verlautbarungen hat sich die DKP nochmals nachträglich von den "Maoisten" abgegrenzt.

(2) Entlassung eines Deutschen nach 20 Jahren Haft

Nach 20 Jahren Haft, die nach Pekinger Angaben wegen Spionage für die USA verhängt worden waren, haben die chinesischen Behörden den deutschen Kaufmann Heinrich Lipphardt freigelassen. Lipphardt war 1954 verurteilt worden.

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(3) Ausweisung von Sowjetdiplomaten wegen Spionage

Am 19.1. hat die chinesische Regierung fünf sowjetische Diplomaten wegen "Spionagetätigkeit" zu personae non gratae erklärt und aus China ausgewiesen.

In der Protestnote, die der stellvertretende chinesische Außenminister Yü Chan am 19.1. dem sowjetischen Botschafter in China, W.S.Tolstikow, überreichte, hieß es u.a.: "Der 1.Sekretär der Sowjetbotschaft in China, W.I. Marschenko, und seine

Gattin, ferner der 3.Sekretär, U.A.Semenow, und seine Gattin sowie der Dolmetscher im Büro des sowjetischen Militärattachés, A.A.Kolosow, haben in China Spionage betrieben. Am Abend des 15.Januar 1974 hatten sie in der Umgebung von Peking geheime Kontakte mit dem Sowjetagenten Li Hung-shu und anderen Personen, überreichten und empfingen Nachrichtenmaterial, konterrevolutionäre Dokumente, Sende- und Empfangsgerät, Sendezeitabellen, Mittel für Geheimschrift, gefälschte Pässe und andere Gegenstände, sowie Geld für die Spionagetätigkeit usw. Sie wurden an Ort und Stelle durch chinesisches Personal für öffentliche Sicherheit und durch Milizangehörige festgenommen. Mit überzeugendem Beweismaterial in ihren Händen stehen ihre Verbrechen außer Frage. Es muß darauf hingewiesen werden, daß Angehörige der Sowjetbotschaft in China über einen langen Zeitraum unter Angabe zahlreicher rechtlicher Vorwände und unter Mißbrauch diplomatischer Privilegien auf Weisung sowjetischer Behörden in China Spionage betrieben haben. Sie stahlen Geheimmateriale und gründeten unerlaubte konterrevolutionäre Organisationen, die darauf abzielten, die Diktatur des Proletariats in China zu erschüttern Die oben angeführte Spionagetätigkeit von Angehörigen der Sowjetbotschaft steht völlig im Widerspruch zu den normalen Funktionen des diplomatischen Personals

Die fünf Beschuldigten wurden zu personae non gratae erklärt und unverzüglich aus China ausgewiesen "(NCNA 19.1.74).

Hsinhua brachte auch Einzelheiten darüber, wie es zur Festnahme und Ausweisung der fünf spionageverdächtigen So Sowjetbürger gekommen ist (NCNA 23.1.74). Ein von der Agentur ebenfalls verbreitetes Geständnis, das der chinesische Kontaktmann Li Hung-shu abgelegt haben soll, legt den Schluß nahe, daß dieser Agent Informationen über die unteren chinesischen Parteiorganisationen und über militärische Objekte in den Städten Ch'ia-mu-szu und Mu-tan-chiang in Ostchina gesammelt hat. Die beiden Städte liegen etwa 160 km von der chinesisch-sowjetischen Grenze entfernt, an der die Sowjetunion seit längerem Truppen massiert haben soll. Li, der während der Kulturrevolution in den Jahren 1966-1969 Zuflucht in der Sowjetunion genommen, 1970 eine Ausbildung in Spionage erhalten haben und im Juni 1972 in die VRCh zurückgekehrt sein soll, gestand angeblich, auf Anweisung seiner sowjetischen Auftraggeber in größerem Umfang spioniert zu haben. Seine letzten Informationen waren, so berichtete Hsinhua, in einem Brief enthalten, der in eine Atemschutzmaske eingenäht war, wie sie von Chinesen häufig bei Erkältungskrankheiten getragen wird. Li soll ferner ein kleines Funkgerät, eine mit unsichtbarer Tinte geschriebene Anweisung und einen Leitfaden für den Aufbau einer "geheimen konterrevolutionären Organisation" bei sich gehabt haben, als er zusammen mit den beiden sowjetischen Botschaftsangehörigen Semenow und Kolosow beim abendlichen Treff unter einer Brücke verhaftet wurde.

Moskau ließ mit seiner Reaktion nicht lange auf sich warten. Es erklärte kurz darauf den Attaché Kuan Heng-kuang ebenfalls zur persona non grata. Kuan habe sich nach Beendigung seiner Moskauer-Mission auf der Rückreise nach China befunden und sei in Irkutsk, wie es heißt, mit Spionagematerial ertappt worden. Der ausgewiesene Attaché war sechs

Jahre lang in Moskau und spricht fließend Russisch.

Am 25.1. (NCNA 25.1.74) protestierte die Pekinger Regierung in scharfer Form gegen diese "Entführung" des chinesischen Diplomaten und verurteilte dessen Behandlung als "faschistische Greueltat". In der Protestnote wird den sowjetischen Behörden vorgeworfen, den chinesischen Diplomaten Kuan zusammen mit anderen Reisenden unter falschem "Pockenalarm" nachts in Irkutsk aus dem Zug nach Peking geholt und festgenommen zu haben, nachdem eine sowjetische "Agentin" ihm eine Bildermappe habe unterschieben wollen.

In Irkutsk sei der Diplomat 13 Stunden lang "unrechtmäßig" verhört und unter Hinweis auf die Bildermappe der Spionage beschuldigt worden. Noch in der Nacht sei er "gewaltsam" an Bord eines Flugzeuges gebracht und nach Moskau geflogen worden. Nur nach wiederholten Protesten sei Kuan in den frühen Morgenstunden des 20. Januar der chinesischen Botschaft in Moskau übergeben worden. Die "Entführung" wird als "niederträchtiger Akt der Vergeltung" bezeichnet; die dabei angewandten Methoden seien "schockierend, plump und niederträchtig" gewesen. Außerdem hätten sowjetische Polizisten und Geheimagenten "alle Bremsen an dem chinesischen Zug beschädigt, rote Signalfahnen an den Wagen zerrissen, ein Fenster zerschlagen und den Zug mit 50-60 Polizisten und Geheimagenten gewaltsam zur sowjetisch-mongolischen Grenze gebracht.

Das Thema "Spionage" scheint auf der chinesischen Tagesordnung zu bleiben. In der Zwischenzeit hat Hsinhua (NCNA 24.1.74) einen Bericht aus Ghana gebracht, dem zufolge am 21.1.74 ebenfalls ein Konsulatsbeamter der UdSSR-Botschaft in Accra von ghanaischen Militärbehörden wegen Spionagetätigkeit verhaftet worden sei.

(4) Sino-sowjetische Polemik

a. MACHENSCHAFTEN DER "KAPITALISTISCHEN RUSSISCHEN ÖLBARONE"

"Die führende sowjetische Revisionistenclique hat in letzter Zeit enorme Profite durch den Wiederexport von arabischem Öl an europäische Länder zu hohen Preisen eingeheimst. Dabei nutzte sie die Lage der arabischen Länder aus, die gezwungen sind, ihr Öl zu niedrigen Preisen zu verkaufen, um Munitionskäufe in der Sowjetunion abzuzahlen". Die Iraker, die an die Sowjetunion Öl im Wert von 6 Mio. £ zu reduzierten Preisen als Teilzahlung auf gelieferte Rüstungsgüter geliefert hatten, mußten entdecken, daß die Sowjetunion den Posten für 18 Mio. £ - also mit einem Profit von 300 % - an Westdeutschland weiterverkauft hat. Mit ihrem "Waffen gegen Öl"-Geschäft hätten die "russischen Ölbarone" kolossale Profite eingestrichen. 1 Barrel Öl kostet im Golfgebiet 3 US \$ dagegen in Europa 45 US \$. So konnten die Sowjets mit einem Import von 7,8 Mio. t Öl (ungefähr 50 Mio. barrels) aus den arabischen Ländern im Jahre 1973 und dem Wiederexport dieser Lieferungen an die europäischen Länder einen Superprofit einstecken, der mehr als das Zehnfache der Kosten betrug. Eine weitere Praxis der Sowjetrevisionisten beim Wiederverkauf bestehe darin, Erdöl von hoher Qualität aus dem Nahen Osten zu importieren und ihr eigenes Öl minderer Qualität an die osteuropäischen Länder zu exportieren (NCNA 31.12.73).

Noch andere Zwecke erreichen die Sowjets mit ihren Ölgeschäften: Für mehr als 90 % ihres Erdölbedarfs nämlich sind die osteuropäischen Länder auf die Versorgung durch ihren "Bruderstaat" angewiesen. Zwar besitze die Sowjetunion selbst große Ölvorräte. Das aus dem Nahen Osten eingeführte Erdöl stellt sich je Tonne jedoch um 20 US \$ billiger als die Produktionskosten des eigenen Erdöls. So wurden von 1970 bis 1972 aus dem Nahen Osten 12,8 Mio. t eingeführt, was also einen Kostenunterschied von 25,6 Mio. US \$ ausmacht. (Kuang-ming Jih-pao 10.12.73)

b. BEDROHUNG WESTEUROPAS DURCH DIE UDSSR

Nach JMJP (14.12.73) "ist Europa der strategische Schwerpunkt in der Rivalität zwischen Amerika und der Sowjetunion. Gleichzeitig mit der Verstärkung seiner Kolonialherrschaft über Osteuropa ist der Sowjetrevisionismus bestrebt, Westeuropa unter seine militärische und politische Kontrolle zu bringen Die Sowjetunion hatte 1962 in Europa 26 Divisionen stationiert; 1972 war deren Zahl auf 31 gestiegen. Gegenwärtig zählen die sowjetischen Truppen in Europa 400 000 - 500 000 Mann. Seit Anfang 1972 hat die Sowjetunion außerdem begonnen, in Osteuropa in großem Ausmaß die Zahl ihrer T 62-Panzer und sonstiger schwerer Waffen zu vergrößern Sie soll ferner gegenwärtig im Norden Europas 45 % ihrer Kriegsschiffe und über 60 % ihrer Unterseeboote stationiert haben. Im südlichen Teil Europas betrug die Zahl der sowjetischen Kriegsschiffe während des vierten Nahostkrieges über 90.

Der Sowjetrevisionismus verstärkt in Europa einerseits ununterbrochen seine Truppen, andererseits arbeitet er dort energisch an der Schaffung einer Atmosphäre der 'Entspannung' "

c. PALACHS GEIST LÄSST DIE CHEFS DES KREML NICHT SCHLAFEN

JMJP (17.1.74) bringt einen Artikel zum 5. Jahrestag der Selbstverbrennung des 21-jährigen Studenten Jan Palach (am 16.1.1969 auf dem Wenzelsplatz in Prag aus Protest gegen die bewaffnete Besetzung der Tschechoslowakei durch die Sowjetunion): "In den vergangenen fünf Jahren erinnerte sich das tschechoslowakische Volk stets an Palach. Auf dem Olsany-Friedhof in Prag, auf dem Palach beerdigt wurde, findet man keinen Grabstein, der seinen Namen trägt. Doch fast jeden Tag stellen die Menschen Blumen und Kerzen auf sein Grab. Die Trauer des tschechoslowakischen Volkes ist ein stiller Protest gegen die sowjetischen revisionistischen Okkupanten. Der Geist Palachs, eines tschechoslowakischen Patrioten, der jetzt den ewigen Schlaf schläft, machte die Chefs des Kreml unfähig, einen ruhigen Schlaf zu finden." Man habe zunächst um Palachs Grab einen hölzernen Palisadenzaun gezogen. Als auch dann noch die Menschen unentwegt zum Friedhof strömten, habe man den Leichnam Palachs heimlich ausgegraben und verbrennen sowie seine Asche aus Prag fortschaffen lassen. Trotzdem aber kämen immer noch Menschen Tag für Tag an den Ort der Grabstätte. "Ein Volk, das sich der Unabhängigkeit und Freiheit verschrieben hat, überdauert in seinem gerechten Kampf die sowjetische revisionistische Besetzung. Es wird keine Ruhe in der Tschechoslowakei geben, solange die Besatzungsarmee der sowjetischen Revisionisten nicht aus dem Lande abgezogen ist. Die Okkupanten mögen Panzer

auffahren, doch die Wahrheit ist auf Seiten des Volkes. Die Wahrheit wird siegen, und die Okkupanten stehen vor der Niederlage."

d. RADIO MOSKAU: PEKINGS PRO-NATO-POLITIK

"Im Lager der Erzfeinde der Entspannung in Europa steht auch die gegenwärtige Pekinger Führung". Mit diesem Satz beginnt Radio Moskau (deutsch 18.1.74) einen Bericht, in dem es die verschiedenen Attacken der VRCh gegen die sowjetische Sicherheitspolitik in Europa aufgreift und ad absurdum zu führen versucht. Die Pekinger Propaganda wiederhole jede Erdichtung irgendwelcher NATO-Führer über irgendwelche aggressiven Bestrebungen der sowjetischen Außenpolitik. Um das sowjetische Friedensprogramm schlecht zu machen, stelle Peking ausgerechnet die Maßnahmen der sozialistischen Länder zur Befestigung der Sicherheit der Völker als verstärkte Gefahr für den Westen hin. Peking sei bestrebt, "unter absoluter Verleugnung der Klassenprinzipien und der Ideen des Proletarischen Internationalismus als Anwalt des Nordatlantikkblocks zu fungieren". Chou En-lai habe in einem Interview mit dem amerikanischen Journalisten Sulzberger die NATO eine defensive Organisation genannt, die sich gegen den aggressiven Warschauer Pakt zu verteidigen habe. Die chinesische Führung trete bei jeder passenden Gelegenheit für die Vereinigung Westeuropas als Mittel der Verteidigung gegen die angebliche sowjetische Gefahr ein. Das Schlagwort von der sowjetischen Gefahr für die Westländer sei von den Maoisten auch auf dem X.Parteitag der KPCh in Umlauf gebracht worden, als sie nämlich die Europäer damit bange zu machen versuchten, daß die UdSSR sich anscheinend gegen den Osten wende, in Wirklichkeit aber zum Schlag gegen den Westen aushole. Die Pekinger Propaganda erinnere stark an ähnliche Verlautbarungen des früheren Außenministers Dulles an die Adresse der Westeuropäer. Dieser freilich habe bekanntlich den traurigen Ruf eines Erzverfechters des Kalten Krieges erworben. Peking untergrabe die Sicherheitsbemühungen und die Annäherung der Völker und strebe letzten Endes selbst auf die Weltherrschaft hin. "Aber eine solche Politik ist unter den heutigen Umständen, da die Tendenzen zur Milderung des internationalen Klimas vorherrschen, zum Scheitern verurteilt. Breite Kreise der Öffentlichkeit Westeuropas verurteilen die antisowjetischen Aufrufe Pekings und seine Einmischung in die europäischen Angelegenheiten!

e. MOSKAU: DIE CHINESEN BETREIBEN ABENTEUERLICHE POLITIK IN SÜDOSTASIEN

Die "Neue Zeit" schreibt über Pekings "Provokationen gegen Birma" in der Zeit von Oktober bis Dezember 1973 vor dem Referendum über die neue Verfassung und vor den Wahlen zur Volksversammlung: "Die birmanische Kommunistische Partei 'Weiße Fahne' war der Hauptvollzieher der militärischen Operation, die unternommen wurde. Sie ist ein tragisches Beispiel dafür, was mit einer politischen Organisation geschieht, wenn ihre Führer willig oder unwillig dem verhängnisvollen Einfluß des Maoismus verfallen Peking, das seine engsten Nachbarn in Asien als 'historische Vasallen' ansieht, ist der Auffassung, daß sie ständig an die 'chinesische Präsenz' erinnert werden sollten. 'Die Großmacheinstellung der VRCh gegenüber den Entwicklungsländern Süd- und Südostasiens zeigt sich offen in Pekings Haltung zum Kampf der Bevölkerung Bangla Deshs für deren Befreiung, im Provozie-

ren verschiedener Wagnisse in Indonesien, bei der Organisation pro-chinesischer Aktionen auf den Philippinen in den jüngsten Jahren, bei den andauernden Waffenlieferungen an die Naga-Rebellen in Nordostindien und der Anstiftung birmanischer Rebellen, bewaffnete Aktionen gegen den Revolutionsrat und die Regierung Birmas zu unternehmen'. Daraus gehe hervor, daß sich Pekings "hegemonistische Ziele" nicht geändert hätten. In diesem Zusammenhang wurde klar, warum die Maoisten sich so heftig der Idee der kollektiven Sicherheit in Asien widersetzen, die ja bekanntlich gleiche Sicherheit für alle asiatischen Länder, Achtung vor deren Souveränität und Nichteinmischung in deren innere Angelegenheiten vorsehe. Gerade dies passe Peking nicht, das ständig seine historischen Rechte auf Hegemonie in Asien bekräftigen möchte.

(5) Bulgarischer KP-Chef in Peking

Ungewöhnlich scharfe Kritik an Peking hat der bulgarische KP- und Staatschef Todor Schiwkow geübt. Auf einer Großkundgebung in Ostberlin, bei der auch SED-Chef Honecker das Wort ergriff, erklärte der bulgarische Politiker, die "Pekinger Führungsclique" habe den Antisowjetismus zu ihrer Staatspolitik erhoben und sei "dem Wesen nach ein direkter Verbündeter der reaktionären Kräfte des Imperialismus". Peking erhebe einen "Hegemonie-Anspruch im revolutionären Weltprozeß".

Damit hat Bulgarien die antichinesischen Formulierungen Moskaus voll übernommen und mit der gleichlautenden Anti-Peking-Propaganda gleichgezogen (zu den entsprechenden Grundsatzausführungen des SED-Zentralorgans 'Neues Deutschland' vom 12.7.73 vgl. C.a.73/8-Ü4).

(6) Moskau fordert Tirana zur "Normalisierung" der Beziehungen auf

Am 16. Januar fordere "Nowoje Wremja" anlässlich des Nationalfeiertags Albanien die Führung in Tirana dazu auf, das gegenseitige Verhältnis auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des Proletarischen Internationalismus (Moskau betrachtet Albanien nach wie vor als sozialistischen Staat!) zu normalisieren. Tirana solle sich daran erinnern, welche große Hilfe ihm die Sowjetunion früher habe zugute kommen lassen.

Das Interesse der Sowjetunion liegt auf der Hand: Entwickelt sie doch am Mittelmeer immer größeres Interesse. Außerdem ist Albanien eine Art Statthalter Chinas in Europa. Nicht zuletzt auf die Verbindung mit China ist es zurückzuführen, daß Albanien nach wie vor gegen die Vorschläge eines sowjetischen Sicherheitssystems sowohl in Europa als auch in Asien vom Leder zieht.

Peking freilich möchte eine solche Annäherung verhindern. Letztes Anzeichen des deutlichen Interesses an einer Aufrechterhaltung der albanisch-chinesischen Freundschaft ist ein Gemeinsames Protokoll über Warenaustausch und Zahlungsverkehr für 1974, das vom chinesischen Außenhandelsminister Li Chiang Mitte Januar in Tirana unterzeichnet wurde. Außerdem stellte China den Albanern einen Kredit zur Verfügung (NCNA 21.1.74).

NORDAMERIKA

(7) Chinesisch-amerikanischer Alltag

Wie Charlotte Saikowski, Korrespondentin des CSM, berichtet, sind die chinesisch-amerikanischen "Flitterwochen" vorüber. Nach einer Periode der Euphorie, die dem amerikanischen Präsidentenbesuch in Peking folgte, ist nun der graue Alltag eingeleitet. Lief die Einrichtung für das amerikanische Verbindungsbüro noch "wie geschmiert" (Grund dafür waren Befehle "ganz von oben"), so geht jetzt alles schön der Reihe nach: Die Bürokraten haben die Sache in die Hand genommen (CSM 15.1.74).

(8) US-Diplomat muß China nach Autounfall verlassen

Wegen eines Autounfalls, bei dem er den Tod einer jungen Chinesin verursacht hat, verläßt der Leiter der politischen Abteilung des amerikanischen Verbindungsbüros in Peking, Nicholas Platt, die VRCh. Von den chinesischen Behörden wurde zwar keine Untersuchung über die Schuldfrage an dem Unfall eingeleitet; der amerikanischen Mission in Peking wurde jedoch mitgeteilt, daß jeder Diplomat, der in einen Unfall mit tödlichem Ausgang verwickelt sei, mit seiner Ausweisung rechnen müsse. Platt will der Familie des getöteten Mädchens eine Entschädigung zahlen.

ASIEN**(9) Japanischer Außenminister in Peking**

Am 3. Januar traf der japanische Außenminister Masayoshi Ohira, mit einer Delegation aus Canton kommend, zu einem Freundschaftsbesuch Chinas in Peking ein (NCNA 3.1.74). Nach Gesprächen mit dem chinesischen Außenminister, mit Ministerpräsident Chou En-lai und mit dem Parteivorsitzenden Mao Tse-tung sowie nach Abschluß eines Handelsvertrages verließ er am 6.1. das Land wieder (Näheres in diesem Heft, Thema: "Zweiter Schritt auf einem Marsch von 10000 Li").

(10) Chinesische Militärdelegation in Pakistan

Vom 17. bis 19. Januar startete eine chinesische Militärdelegation Pakistan einen Besuch ab, in dessen Verlauf der Leiter der Delegation, der stellvertretende Generalstabschef Chang Tsai-chien, eine weitere Unterstützung Pakistans durch China zusagte (ausführlich dazu in diesem Heft Thema: "Erneute Bekräftigung der antisowjetischen Achse Peking-Islamabad").

(11) Großzügigkeit gegenüber Sri Lanka

Am 24.12. kehrte der ceylonische Handelsminister T.B. Ilangaratne aus China zurück - reichlich beschenkt von Peking: Die Chinesen hatten sich entschlossen, dem südostasiatischen Staat 40 000 t chinesischen Reis als Schenkung zu überlassen. Gleichzeitig war ein Handelsprotokoll für 1974 festgelegt worden. Außerdem hat Sri Lanka das Recht erhalten, weitere 160 000 t Reis von China zu kaufen, und zwar zu einem Preis, der unter dem Weltmarktniveau liegt. Gleichzeitig wird China - und dies ist ein viertes Zugeständnis - 40-50 000 t Ceylon-Gummi kaufen, und zwar zu 71 US-Cents pro Pfund über dem Weltmarktpreis!

Das Geschenk von 40 000 t Reis beläuft sich immerhin auf

einen Wert von 100 Mio. Rupias (=9,85 Mio. US-\$) zu Weltmarktpreisen. Es wird wesentlich dazu beitragen, die ceylonische Reislücke auszufüllen. Offensichtlich haben bei der Großzügigkeit Pekings politische Überlegungen eine Rolle gespielt; versprach doch Sri Lanka, darauf hinzuwirken, einen neutralen Kurs in den internationalen Angelegenheiten zu steuern und sich vor allem aus dem sowjetischen Plan einer kollektiven Sicherheit für Asien herauszuhalten (FEER 14.1.74 S.41).

(12) Weitere thailändisch-chinesische Annäherung

Anfang Januar war der stellvertretende Außenminister Thailands, Generalmajor Chatichao Choonhavan, mit einer Anzahl hoher thailändischer Beamter zu Besuch in Peking. Es war die erste offizielle Thai-Delegation, die nach einer Periode von zwei Jahrzehnten wieder nach Peking kam. Das Treffen wurde von Chatichai als eine "Familienzusammenkunft" bezeichnet (FEER 14.1.74 S.13). Chatichai teilte nach seiner Rückkehr mit, die Chinesen hätten sich Thailand gegenüber zur Lieferung von 50 000 t hochwertigem Dieselöl verpflichtet. Allerdings müsse sich die neue Regierung Sanya zu einer "Ein-China-Politik" durchringen. Es sei auch empfehlenswert, die Order No.53 aufzuheben, die den Handel mit China verbietet.

Möglicherweise wird Bangkoks Verteidigungsminister demnächst die VRCh besuchen.

Immer noch freilich gibt es keine formalen Beziehungen zwischen China und Thailand. China ist jedoch in der Zwischenzeit Mitglied der "Economic Commission for Asia and the Far East" (ECAFE) geworden, die ja ihren Sitz in der thailändischen Hauptstadt hat. Peking hat auch erkennen lassen, daß es schon in den nächsten Monaten ein offizielles ECAFE-Büro in Bangkok errichten wird.

**(13) Konflikt mit Südvietnam:
China besetzt die Paracel-Inselgruppe**

Nach heftigen Seegefechten zwischen südvietnamesischen und chinesischen Flottenverbänden am 16.1. haben Truppen der VRCh am 17.1. Teile der Paracel-Inseln besetzt (Näheres dazu vgl. Thema "Die Rechtsfrage der Archipele im Südchinesischen Meer").

(14) Saigon attackiert Peking

Nicht nur der Kampf um die Paracel-Inseln stand im Berichtszeitraum zwischen Südvietnam und China zur Debatte. Aus Verärgerung über die von der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams verfügte Aufhebung des Visumszwangs im Verkehr zwischen Südvietnam und der VRCh hat die Saigoner Regierung außerdem Peking mit scharfen Worten der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Vietnams beschuldigt. In einem Kommuniqué erklärte die Regierung in Saigon, sie behalte sich alle Rechte gegen ausländische Gesetzesübertreter vor. Der Realität und dem Genfer Abkommen von 1954 zufolge sei die Regierung in Saigon die einzige rechtmäßige Vertreterin Vietnams südlich des 17. Breitengrades und verpflichtet, ihr Territorium und ihre Souveränität zu schützen. Der Notenwechsel zwischen der Vietcong-Regierung und China über die Aufhebung des Visumszwangs sei daher null und nichtig. Ein-

und Ausreisebestimmungen würden allein von Saigon festgelegt (Korrespondentenbericht aus Saigon in Die Welt, 5.1.74).

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

(15) China wird ABU-Vollmitglied

Radio und Fernsehen der VRCh haben beschlossen, ihre Rechte als Vollmitglied der "Asian Broadcasting Union" auszuüben. Dieser Beschluß wurde bei der 10. Plenartagung der ABU vom 3. bis 6.12.1973 in Djakarta bekanntgegeben. Schon auf der 9. Vollversammlung vom Oktober 1972 in Teheran war von der ABU eine Resolution angenommen worden, der zufolge der VRCh das Recht zustand, jederzeit ABU-Vollmitglied zu werden. Gleichzeitig annullierte die Vollversammlung der ABU damals die Mitgliedschaft Taiwans.

Die ABU wurde am 1.7.1964 gegründet und hat ihr Hauptquartier in Tokyo (22 Voll- und 35 Assoziierte Mitglieder). (PRu 1973 Nr.51 S.3).

AUSSENPOLITIK ALLGEMEIN

(16) Textausgaben der "Ungleichen Verträge"

Unter dem Titel "Aus der Geschichte lernen" hat das Pekinger Volksverlagshaus eine Broschüre über Ungleiche Verträge in der Geschichte Chinas herausgegeben. Die Broschüre enthält die wichtigsten Abschnitte aus 12 derartigen Verträgen mit den erforderlichen historischen Anmerkungen. Sie beschäftigt sich mit vier Ungleichen Verträgen des Kaiserlichen China mit Rußland, von denen sich drei Verträge auf die Abtretung von 1,5 Mio. qkm chinesischen Territoriums an Rußland bezogen. In der Broschüre werden auch die verschiedenen Verträge mit Großbritannien (über die Abtretung Hong Kongs und den freien Opiumhandel), mit Japan (über die Abtretung der Insel Taiwan und der Pescadores im Jahre 1895) und mit Frankreich (über eine Reihe von Konzessionen) sowie über die umfangreichen Kriegsreparationszahlungen an acht imperialistische Länder behandelt (Meldung der Tanjug vom 17.11.74).

(17) Statistische Übersicht über die Auslandsbeziehungen der VRCh im Jahre 1973

Wie Radio Peking (dt. 2.1.74) bekanntgab, ergibt sich am Ende des Jahres 1973 folgende außenpolitische Bilanz: China unterhält diplomatische Beziehungen mit 90 Ländern. 1973 haben 7 Staatsoberhäupter und 1 Vizepräsident der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas China besucht. Mehr als 130 Länder und Gebiete haben Persönlichkeiten und Delegationen nach China entsandt, während die Volksrepublik ihrerseits über 370 Delegationen nach mehr als 90 Ländern und Gebieten schickte. Chinesische Sportler haben 72 Länder und Gebiete besucht. 96 Länder und Gebiete entsandten 200 Sportler nach China. Mit 150 Ländern und Gebieten wurden Handelskontakte gepflegt.

Die Intensität dieser Kontakte kam auch bei einem großen Bankett zum Ausdruck, das der Staatsrat am 31.12. zu Ehren der in China tätigen ausländischen Experten und ihrer Familienangehörigen gab. Anwesend waren "230 Freunde aus 42 Ländern" (NCNA 31.12.73).

INNENPOLITIK

(18) Nationaler Volkskongreß ?

Der 4. NVK, seit 1969 überfällig, ist inoffiziell und auch von den einschlägigen Beobachtern der chinesischen Szenerie schon so oft angekündigt worden, daß jede weitere Erörterung dieses Themas eigentlich schon von vorneherein mit dem Odium der Lächerlichkeit behaftet ist. Da es aber nun einmal auch zu den Aufgaben des verantwortungsvollen China-Beobachters gehört, alle Erkenntnisse zu registrieren, muß auf folgenden Sachverhalt hingewiesen werden, der überdies Einblick gewährt in die Schwierigkeiten beim Erfassen bestimmter Hintergründe, die bedingt sind durch die Art der chinesischen Nachrichtenpolitik, insbesondere innenpolitische Vorgänge nur zum geringsten Teil bekanntzugeben.

Seit jeher deuten gesamthafte Abwesenheiten der Politbürofunktionäre auf wichtige innenpolitische Geschehen hin.

Als vom 23. bis 31.1.1966 - also während acht Tagen - kein Politfunktionär in der Öffentlichkeit gesehen wurde, ein unvergleichlicher Vorgang, blieb dieser von allen China-Beobachtern unberücksichtigt. Tatsächlich wurden in diesen Tagen die Weichen für die Kulturrevolution gestellt, die schon drei Monate später zur Entmachtung P'eng Chens führten.

Ein vergleichbarer Vorgang hat sich erst wieder im Dezember 1973 abgespielt, als sämtliche Politbürofunktionäre vom 20. bis 29.12. (mit Ausnahme des 26.12., als Yeh Chien-ying eine Militärdelegation aus Albanien und Chou En-lai und Li Hsien-nien eine politische Handelsdelegation aus Thailand empfangen) nicht auftraten.

Da wenige Tage später eklatante Umbesetzungen im regionalen Militärapparat und die Nachwahl Teng Hsiao-p'ings ins Politbüro bekannt wurden, dürfen wir schließen, daß in der fraglichen Zeit das 2. Plenum des 10.ZK der KPCh stattgefunden hat - kann doch nur ein ZK-Plenum eine Nachwahl ins Politbüro vornehmen.

Schon wenige Wochen später ist erneut über mehrere Tage zu registrieren, daß kein Politbürofunktionär in der Öffentlichkeit auftrat: Vom 22. bis 31. Januar traten sieben Politbürofunktionäre ausschließlich bei der Trauerfeier für das verstorbene ZK-Mitglied Wang Chia-hsiang am 30.1.74 auf, für den erstmals - auch das ein beispielloser Vorgang - alle 26 Politbürofunktionäre (einschließlich Teng Hsiao-p'ings) einen Kranz übersandten.

Diese längste Abwesenheit der Politbürofunktionäre seit 1956 läßt auf ein bedeutendes innenpolitisches Ereignis schließen. Da wir seit zehn Jahren den 4. Nationalen Volkskongreß erwarten, dürfen wir vielleicht vermuten, daß dieser seit etwa 20. Januar im Gange ist.

Zu erwähnen wäre hier auch noch der fast verebbte Delegationenstrom von und nach China (von China: nur 14, nach China nur 17) (vgl. Tabelle "Delegationen").

(19) Neujahr

a. OFFIZIELLER NEUJAHRSARTIKEL DER JMJP

Wie üblich zu diesem Datum gab Peking durch seine drei Standardorgane JMJP, HCh und Chieh-fang chün-pao auch diesmal zu Neujahr eine Analyse der außen-, innen- und